

Landespolitisch bedeutsame Vorhaben der Europäischen Kommission

**Berichtsbogen gemäß Abschnitt B, Punkt 4.2 der Vereinbarung zwischen Landesregierung
und Landtag (...) zur Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Sachstand: 15.07.2017

Vorhaben:	Umsetzung der europäischen Migrationsagenda Hier: Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates
KOM-Nr.:	COM(2016) 468 final
BR-Drucksache(n):	501/16
Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips:	Ja
Federführendes Ressort:	MILI
Zielsetzung und wesentlicher Inhalt:	<p>Mit dem Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zur Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union sollen im Einzelnen folgende Ziele verfolgt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Etablierung einer integrierten, nachhaltigen und ganzheitlichen Migrationspolitik der EU, die auf Solidarität und gerechter Aufteilung der Verantwortlichkeiten basiert und sowohl in ruhigen Zeiten als auch bei Krisen wirksam funktionieren kann. • Schaffung einer wirksamen und umfassenden Steuerung der Migrationsströme. Die Neuansiedlung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen ist einer der Wege, der internationalen Schutz benötigenden Vertriebenen angeboten werden

	<p>kann, damit sie legal und sicher in die Mitgliedstaaten einreisen können und so lange Schutz erhalten, wie sie ihn benötigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zugleich dient sie der internationalen Solidarität und der Teilung der Verantwortlichkeiten mit Drittstaaten, in die bzw. innerhalb deren eine große Zahl von Personen, die internationalen Schutz benötigen, vertrieben wurde, sowie der Migrationssteuerung und dem Krisenmanagement. • Die Neuansiedlung ist fester Bestandteil des übergeordneten Ziels, denjenigen Schutz zu bieten, die ihn benötigen, und gleichzeitig die Schutzsuchenden von der Nutzung irregulärer und gefährlicher Routen abzuhalten, sodass die Schleusernetze nicht mehr von dieser Situation profitieren können. • Sie ist auch als Zeichen der Solidarität mit Ländern in Regionen zu verstehen, in die bzw. innerhalb deren eine große Zahl von Personen, die internationalen Schutz benötigen, vertrieben wurde, denn die Neuansiedlung soll zur Entlastung dieser Länder beitragen.
<p>Bedeutsamste Aspekte für das Land Schleswig-Holstein</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Schleswig-Holstein steht traditionell hinter den Zielen der Neuansiedlung als Teil einer integrierten, nachhaltigen und ganzheitlichen Migrationspolitik. So kann zumindest dazu beigetragen werden, für einen Teil schutzsuchender Menschen einen gefahrlosen Reiseweg nach Deutschland zu ermöglichen.
<p>Darstellung des aktuellen Sachstands sowie des voraussichtlich weiteren Fortgangs des Vorhabens mit Blick auf diese besonderen Interessen des Landes Schleswig-Holstein:</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesratssitzung am 4. November 2016: Stellungnahme zum Verordnungsentwurf • Auf EU-Ebene befindet sich der Verordnungsentwurf noch im Rechtssetzungsverfahren.

Wichtige Zeitpunkte und Termine (so- weit bekannt):	Zurzeit nicht absehbar
--	------------------------